Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur • 11030 Berlin

An die Mitglieder des
Ausschusses für Verkehr
und digitale Infrastruktur
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betreff: Neuordnung der Bundesfernstraßenverwaltung:
Entwurf der Standortkonzepte zur Gründung der Infrastruktur-
gesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (IGA)
sowie zur Errichtung des Fernstraßen-Bundesamtes (FBA)

Datum: Berlin, 20.04.2018

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,


Ich möchte Ihnen heute die wesentlichen Eckpunkte für die Entwürfe der Standortkonzepte für die Gründung der Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundesfernstraßen (IGA) sowie für die Errichtung des Fernstraßen-Bundesamtes (FBA) darstellen.
Mit der beschlossenen Organisationsreform verbinden sich klare Zielsetzungen:


- Mit der Gründung der IGA sowie des FBA ordnen wir das System der jeweiligen Verantwortungsbereiche von Bund und Ländern grundlegend neu.

- Wir konzentrieren Planung, Finanzierung, Bau, Betrieb und Erhalt der wichtigsten Verkehrsadern in Deutschland.

- Die Reform versetzt uns in die Lage, schnell zu planen, direkter zu finanzieren und netzorientierter bauen zu können.


Grundlage der Vorbereitung des Transformationsprozesses von der Auftrags- zur Bundesverwaltung bildet zunächst eine gesetzlich vorgesehene Bestandsanalyse der Länder zum Stichtag 01.01.2018 u. a. zu den in den Ländern verankerten Organisationen, Standorten und Beschäftigten in den relevanten Verwaltungen, die Aufgaben für die Bundesautobahnen wahrnehmen – eine Art „Inventur“ als Ausgangsbasis für den Aufbau und die Ablauforganisation sowie die Ausstattung der neu zu gründenden Bundeseinrichtungen.

Mit der heutigen Vorlage der auf dieser Analyse aufbauenden Entwürfe von Standortkonzepten für die „Infrastrukturgesellschaft Autobahnen“ und für das „Fernstraßen-Bundesamt“ setzen wir einen zentralen Meilenstein, mit dem wir

- eine Grundlage dafür schaffen, dass IGA und FBA wie gesetzlich vorgesehen zum 01.01.2021 ihre jeweiligen bundeshoheitlichen Aufgaben bei Projektierung, Finanzierung, Bau und Unterhaltung unseres 13.000 km umfassenden Autobahnnetzes wahrnehmen können,
die gesetzliche Zusage einlösen, dass die vom Übergang auf
die Bundesverwaltung betroffenen Beschäftigten der Straßen-
baumverwaltungen der Länder ganz überwiegend an ihren
Standorten verbleiben können, wobei für die übrigen Beschäf-
tigten Übergangskonzepte in Richtung der angestrebten
Zielstruktur entwickelt werden,

— eine Gesamtstruktur schaffen, die regionale Ausgewogenheit
sowie Vor-Ort-Kompetenzen sichert und nachhaltige struktur-
politische Impulse setzt.

Kernpunkte des Entwurfs des Standortskonzepts für die IGA

Für die „Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und andere Bundes-
fernstraßen“ (IGA) mit Sitz in Berlin haben wir eine Zielstruktur mit
10 Regionalstandorten in Rechtsform der Niederlassung gewählt.
Die Zahl 10 orientiert sich dabei an netzkonzeptionellen Grundüber-
legungen, die auch bereits im Infrastrukturgesellschaftserrichtungs-
gesetz angelegt sind. Die zehn Regionalniederlassungen werden in
ihrem Betreuungs-Portfolio über jeweils ein vergleichbar großes
Bestandsnetz und über jeweils ein vergleichbar großes Streckennetz
2030 verfügen.

Niederlassungen und Außenstellen

Da das Netz unserer Hauptverkehrsadern flächendeckend ausgelegt
ist, sind die Verantwortungsbereiche der Regionalniederlassungen
bewusst Bundesländer übergreifend dimensioniert.

• Den Niederlassungen sind zur sachgerechten Aufgabenerle-
digung insbesondere für Erhaltung, Bauvorbereitung, Bauauf-
sicht und Bauüberwachung jeweils Außenstellen zugeordnet.
Die Auswahl der Außenstellen setzt auf bewährten Länder-
strukturen zur Bewältigung der operationellen Aufgaben im
Schwerpunktbereich Autobahnen auf.

• Die bundesweit 30 Außenstellen sichern zudem die gerade für
regionale Ansprechpartner (z.B. Kommunalvertreter) elementar
wichtige Präsenz in der Fläche. Mit dem Erhalt, der Sicherung
und dem Aufbau neuer Verwaltungseinheiten leistet der Bund
zugleich einen wichtigen strukturpolitischen Beitrag für die
betroffenen Regionen.

• Acht weiteren und dem Grundsatz nach temporären Außen-
stellen soll die bis zur Vollendung andauernde Betreuung
aktuell laufender großer Bundesautobahnprojekte obliegen
(Beispiel: Außenstelle Stade bis Baufertigstellung A 20 u. 26).
Den 10 Niederlassungen mit jeweils 2 bis 5 Außenstellen sind zudem insgesamt mindestens 185 Betriebsdienst- Standorte für Bundesautobahnen zugeordnet.

Der Entwurf des Standortkonzepts sieht ferner 39 Fernmeldedemeistereien und Verkehrs- und Tunnelleitzentralen für das Autobahnnetz vor, deren regionale Verteilung im Kern auf der Übernahme bewährter Strukturen basiert.

Weiterhin werden auch Ausbildungsstandorte dazugehören, die im Einzelnen noch mit den Ländern abzustimmen sind.

Kernpunkte des Entwurfs des Standortkonzepts für das FBA


Zusammenarbeit mit Beschäftigten und Ländern

Die Neuordnung der Auftragsverwaltung der Bundesautobahnen gilt als eines der größten Organisationsprojekte, zu denen sich Bund und Länder in den letzten Jahrzehnten gemeinsam entschlossen haben.

Dies gilt mit Blick auf die neue Aufgabenverteilung ebenso wie mit Blick auf die Beschäftigten, die direkt vom Implementierungsprozess des nunmehr vorliegenden Entwurfs des Standortkonzepts betroffen sein werden.

Gegenüber den Beschäftigten und ihren Familien ist es uns daher wichtig festzustellen: Ihre Interessen hinsichtlich Status, Arbeitsplatz und Arbeitsort werden gewahrt.

Versetzungen gegen den Willen der Beschäftigten wird es nicht geben. Alle vom Übergang betroffenen wechselbereiten Beschäftigen werden


Weitere Informationen zu den Entwürfen der Standortkonzepte für IGA und FBA entnehmen Sie bitte den erläuternden Anlagen.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

Enak Ferlemann

Anlagen
Übersicht zu IGA-Standortvorschlägen
Karte